# Kindern und Familien soziale Sicherheit geben – Kinderarmut entschlossen entgegentreten

## Auswertung und politische Einordung der Ergebnisse einer repräsentativen Befragung von Eltern im Juli und August 2025

Berlin, September 2025

## Vorbemerkungen

Von Mitte Juli bis Mitte August 2025 *hat forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH* im Auftrag von Save the Children Deutschland eine telefonische Umfrage unter 1003 Eltern minderjähriger Kinder in Deutschland zu den Themen Kinderarmut und finanziellen Sorgen durchgeführt. In diesem Dokument folgt eine Zusammenfassung wesentlicher Ergebnisse aus Sicht von Save the Children Deutschland und damit verbundene politische Ableitungen. Die Umfrage zeigt:

- Drei Viertel der befragten Eltern halten die Pläne der Bundesregierung gegen Kinderarmut für unzureichend und wünschen sich weitergehende Maßnahmen.
- Die finanziellen Sorgen von Eltern sind im Vergleich zu vergangenem Winter deutlich gestiegen. Deutlich mehr als die Hälfte (57%) der Eltern mit niedrigem Einkommen berichten von existenziellen Sorgen, die Grundbedürfnisse der Familie nicht mehr decken zu können.
- Kinder in Familien mit geringem Einkommen und von alleinerziehenden Eltern sind vermehrt durch die finanzielle Lage emotional belastet.

Es zeigt sich, dass Eltern der Bekämpfung von Kinderarmut eine hohe Bedeutung zumessen und die aktuellen politischen Maßnahmen als unzureichend ansehen. Maßnahmen gegen Kinderarmut müssen eine noch viel höhere Priorität bei politischen Entscheidungsträger*innen haben und wirksam umgesetzt werden. Eine zweite wesentliche Erkenntnis: Finanzielle Unsicherheiten, Teilhabeeinschränkungen und auch Existenzsorgen gehören für viele Familien in Deutschland zum Alltag. Das bleibt nicht ohne Konsequenzen für Kinder und kann einen negativen Einfluss auf ihr psychisches Wohlbefinden haben.

Die im Folgenden dargestellten Befragungsergebnisse geben daher wertvolle Einblicke in Handlungsdruck und -möglichkeiten und können politischen Entscheider*innen als wichtige Informationsquelle für anstehende Debatten und Reformen zur Zukunft des Sozialstaates wie auch im Besonderen des Bürgergelds bzw. der Grundsicherung dienen. Save the Children ruft alle Zuständigen auf, sich den Sorgen und Herausforderungen der Familien zu stellen und mit umfassenden sozialpolitischen Antworten auf Kinderarmut und die finanziellen Unsicherheiten von Familien zu antworten.

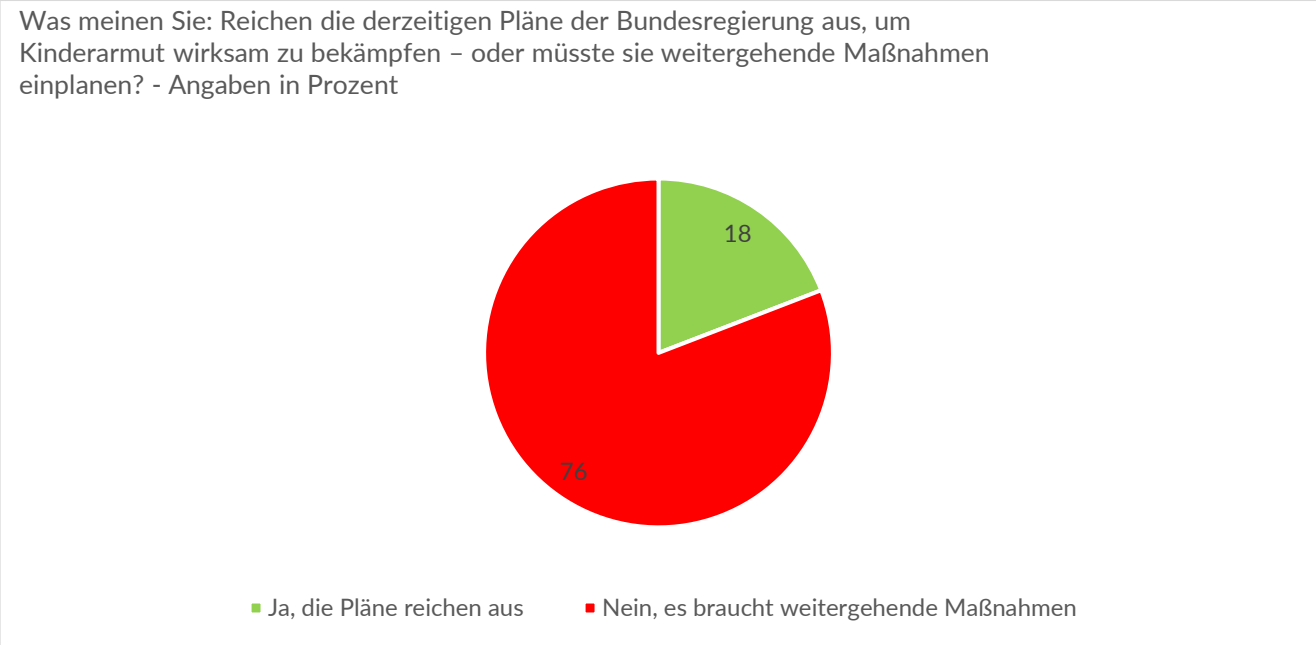
Wesentliche Befragungsergebnisse werden im Folgenden grafisch dargestellt[1] und eingeordnet, ausführliche politische Forderungen folgen am Ende.

---

[1] Die kompletten Ergebnisse können am Ende des Dokuments nachvollzogen werden. Zu beachten ist, dass nicht alle Antwortkategorien in der folgenden Analyse ausgewiesen werden. Zu 100% fehlende Angaben sind

## Einordnung wesentlicher Ergebnisse durch Save the Children

***Kinderarmut – der Handlungsauftrag bleibt groß***




76% der befragten Eltern sind der Ansicht, dass die Pläne der aktuellen Bundesregierung aus CDU, CSU und SPD nicht ausreichend sind, um Kinderarmut wirksam zu bekämpfen und dass stattdessen weitergehende Maßnahmen eingeplant werden müssen. Dabei liegt über alle erhobenen soziodemographischen Merkmale hinweg der Anteil derer, die weitergehende Maßnahmen befürworten, durchweg über 70%.

In einer vorherigen Umfrage von forsa im Auftrag von Save the Children sagten 88 Prozent der befragten Eltern minderjähriger Kinder im Dezember 2024/Januar 2025[2], dass eine neue Bundesregierung Kinderarmut als drängendes Problem vorrangig angehen sollte. Mit Blick auf die aktuellen Zahlen lässt sich vermuten, dass die Erwartungen dieser Eltern bisher weitestgehend enttäuscht wurden.

Für Save the Children ist klar, dass die Bundesregierung in ihrer Politik gegen Kinderarmut ambitionierter werden muss. Es braucht eine breite Palette nachhaltiger, gesamtheitlicher und zielgenauer Maßnahmen.

Zu einem solchen Gesamtpaket gehören für Save the Children u. a. präventive Maßnahmen, Investitionen in Bildung und Arbeitsförderung, eine Stärkung der sozialen Infrastruktur sowie eine verbesserte monetäre Unterstützung mit dem Ziel einer teilhabesichernden Kindergrundsicherung. Bei allen anstehenden Diskussionen um die Zukunft des Sozialstaates und auch bei den Reformen

---

im tabellarischen Anhang zu finden. Die Ergebnisse können mit einer Fehlertoleranz von +/- 3 Prozentpunkten auf die Grundgesamtheit übertragen werden.

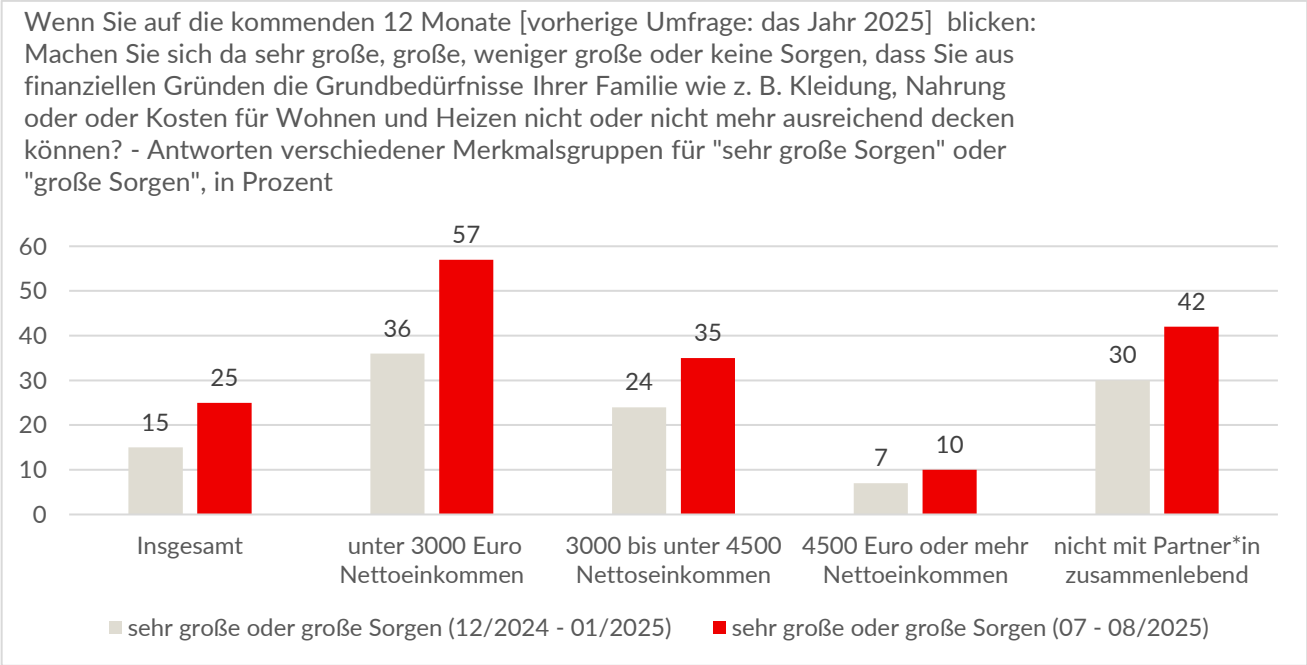
[2] Vgl. kinderarmut-umfrage-zusammenfassung-und-einordnung-januar-2025.pdf

des Bürgergelds/SGB II müssen die Perspektiven und das Wohl von armutsbetroffenen Kindern im Einklang mit der UN-Kinderrechtskonvention (Artikel 3) vorrangig Berücksichtigung finden.

Kinderarmut bedeutet Benachteiligung in nahezu allen Lebensbereichen. Armut betrifft dadurch eine Reihe von in der UN-Kinderrechtskonvention (UN-KRK) festgehaltenen Kinderrechten, die auch die Themen dieser Befragung betreffen (Beispiele):

- Artikel 3 UN-KRK: Wohl des Kindes
- Artikel 24 UN-KRK: Recht auf das erreichbare Höchstmaß an Gesundheit
- Artikel 26 UN-KRK: Recht auf soziale Sicherheit
- Artikel 27 UN-KRK: Recht auf angemessenen Lebensstandard
- Artikel 28 UN-KRK: Recht auf Bildung
- Artikel 31 UN-KRK: Recht auf Beteiligung an Freizeit, kulturellem und künstlerischem Leben

***Finanzielle Zukunftssorgen bei Familien nehmen zu***




Bereits in einer vorherigen Umfrage im vergangenen Winter[3] hat sich gezeigt, dass sich ein signifikanter Anteil der Eltern in Deutschland Sorgen macht, künftig nicht einmal mehr die Grundbedürfnisse der Familie decken zu können. Diese Befunde haben sich noch einmal zugespitzt. Statt 15% der Eltern Anfang des Jahres sind es nun 25%, die sich sehr große oder große Sorgen machen. Bei der untersten Einkommensgruppe (unter 3000 Euro Nettohaushaltseinkommen) hat sich der Anteil von 36 auf 57% (+ 21 Prozentpunkte) erhöht und auch in der mittleren Einkommensgruppe (3000 bis unter 4500 Euro Nettohaushaltseinkommen) sind es elf Prozentpunkte mehr als im Winter.

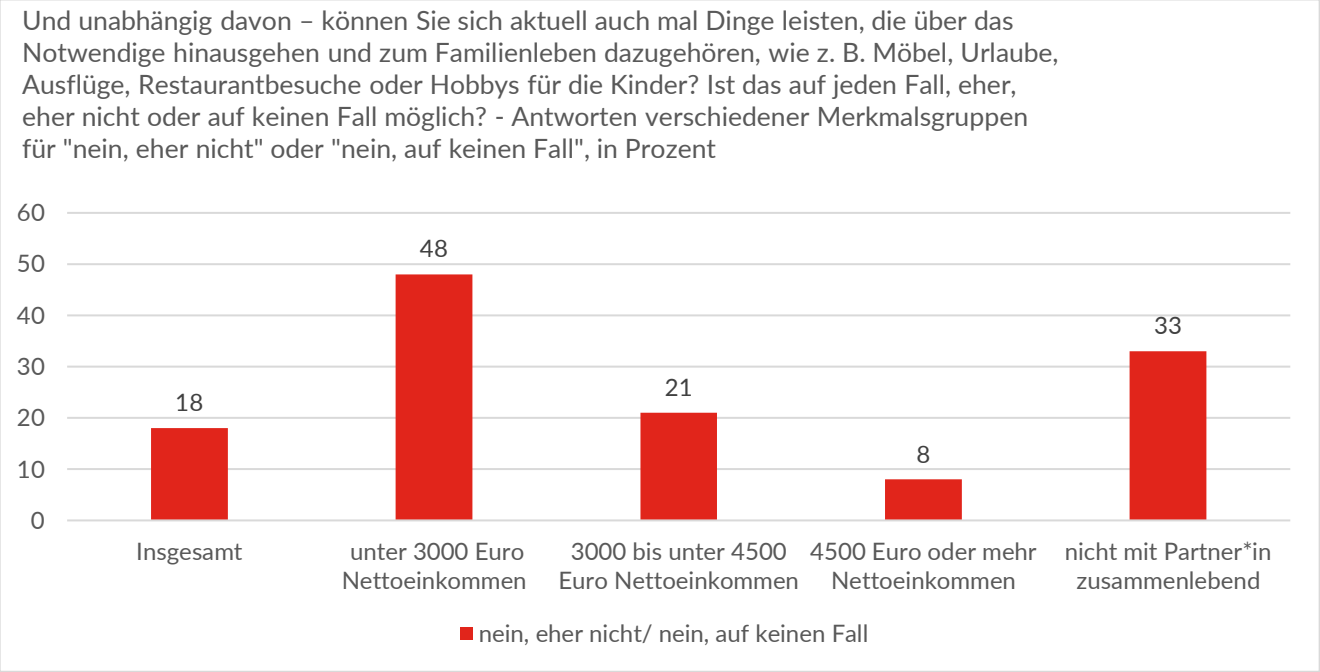
[3] Vgl. kinderarmut-umfrage-zusammenfassung-und-einordnung-januar-2025.pdf; Ergebnisse in grau in der Tabelle abgebildet

Besonders betroffen sind zudem auch Eltern, die nicht mit einem Partner oder einer Partnerin zusammenleben (42%, + 12 Prozentpunkte).

Die Umfrage zeigt, dass sich ein immer größerer Anteil der Familien existenzielle Sorgen um die Zukunft macht – die Anstiege gegenüber Winter sind teils gravierend.[4] Es ist besonders besorgniserregend, dass weit über die Hälfte der Eltern in der niedrigsten Einkommensgruppe von solchen Existenzsorgen berichtet.

Die neue Bundesregierung konnte demnach bisher nicht für eine Aufbruchstimmung unter den Eltern sorgen. Sie muss weiter an den wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Grundlagen für existenzsichernde Beschäftigungsmöglichkeiten von Eltern arbeiten, aber auch ein sozialpolitisches Signal senden, dass sich alle Menschen, Familien, Kinder in der Not auf einen funktionierenden Sozialstaat verlassen können und das grundgesetzlich verankerte Sozialstaatsgebot ernst genommen wird.
Dazu gehört für Save the Children, dass notwendige Reformen, die mit der Kindergrundsicherung angestoßen werden sollten, weiterverfolgt werden. Weiterhin braucht es eine Bündelung und Vereinfachung der Unterstützungsleistungen für Familien und Kinder, die mit einem realistisch neu berechneten, Teilhabe und Gesundheit ermöglichendem Existenzminimum bei allen Kindern ankommen müssen.

***In vielen Familien reicht es nur für das Nötigste***



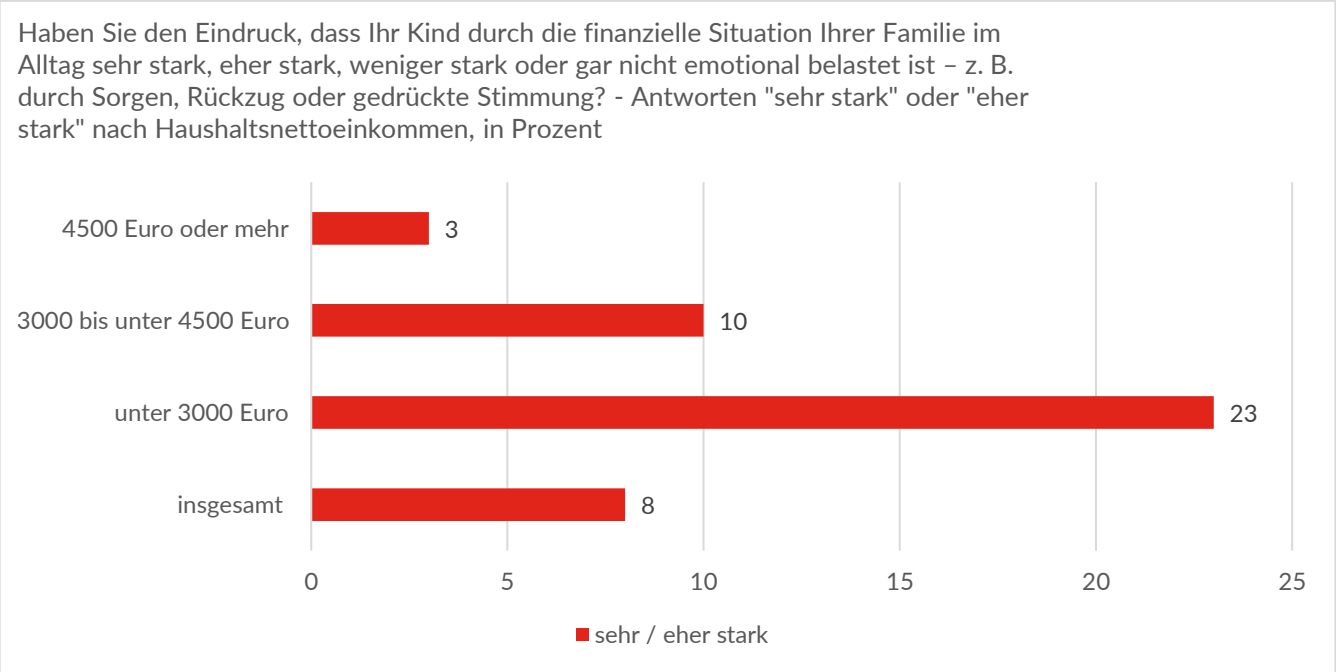

[4] Dies deckt sich auch mit anderen Befragungsergebnissen, vgl. z. B. Sorgen um finanzielle Zukunft in Deutschland wachsen | tagesschau.de sowie den Anstieg finanzieller und wirtschaftlicher Sorgen zwischen 2024 und Anfang 2025 dokumentiert im Rahmen der Langzeitstudie „Die Ängste der Deutschen“ R+V-Studie: Angst vor Spaltung der Gesellschaft steigt extrem oder auch die zunehmenden Erwartungen von Verschlechterungen der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland gemessen im RTL/ntv-Trendbarometer https://newsletter.forsa.de/file/1868/1953/wirtschaftserwartungen_der_bundesbuerger_2025

Auch bei einer Frage nach dem Status quo der finanziellen Situation der Familien gibt es einen nicht unerheblichen Anteil der Befragten, der von finanziellen Nöten berichtet. Insgesamt geben 18% der Eltern an, dass sie sich Dinge, die über das Notwendige hinausgehen und zum Familienleben dazugehören, also für die allermeisten „normale“ Dinge wie etwa neue Möbel, Urlaube, Ausflüge oder auch Hobbys für Kinder, nicht leisten können.

Auch hier sticht die unterste Einkommensgruppe hervor, bei der dies fast 50% angeben. Eltern, die nicht mit einem Partner/einer Partnerin zusammenleben, sind von diesen Entbehrungen ebenfalls überdurchschnittlich betroffen (33%). Weiterhin auffällig ist der Anteil der Eltern mit drei Kindern oder mehr, der „nein“ angab (25% im Vergleich zu 18% bei nur einem Kind im Haushalt).

Neben Existenzsorgen um die Zukunft gibt es somit vor allem in Familien mit niedrigem Einkommen einen sehr hohen Anteil von Eltern, die von deutlich spürbaren Einschränkungen berichten.
Der Bundesregierung kommt auch hier eine bedeutende Aufgabe zu: Sie muss gemeinsam mit dem Parlament dafür sorgen, die Teilhabe von betroffenen Kindern zu stärken.

***Finanzielle Sorgen als Gefahr für die mentale Gesundheit von Kindern***




Zudem wurden Eltern befragt, die entweder finanzielle Zukunftssorgen oder aktuelle Einschränkungen auf das Notwendigste angeben, ob sie emotionale Auswirkungen auf ihre Kinder bemerken. Auf die Gesamtheit aller befragten Eltern berechnet, geben 8% an, dass sie den Eindruck haben, die finanzielle Situation ihrer Familie belastet ihr Kind/ihre Kinder sehr stark oder eher stark. Als Beispiele wurden Sorgen, Rückzug oder gedrückte Stimmung in der Fragestellung genannt. Der Anteil der Eltern, die diese emotionale Belastungen sehr oder eher stark bei ihren Kindern wahrnehmen, steigt mit sinkendem Einkommen. In der niedrigsten Einkommensgruppe sind es 23% der Eltern.

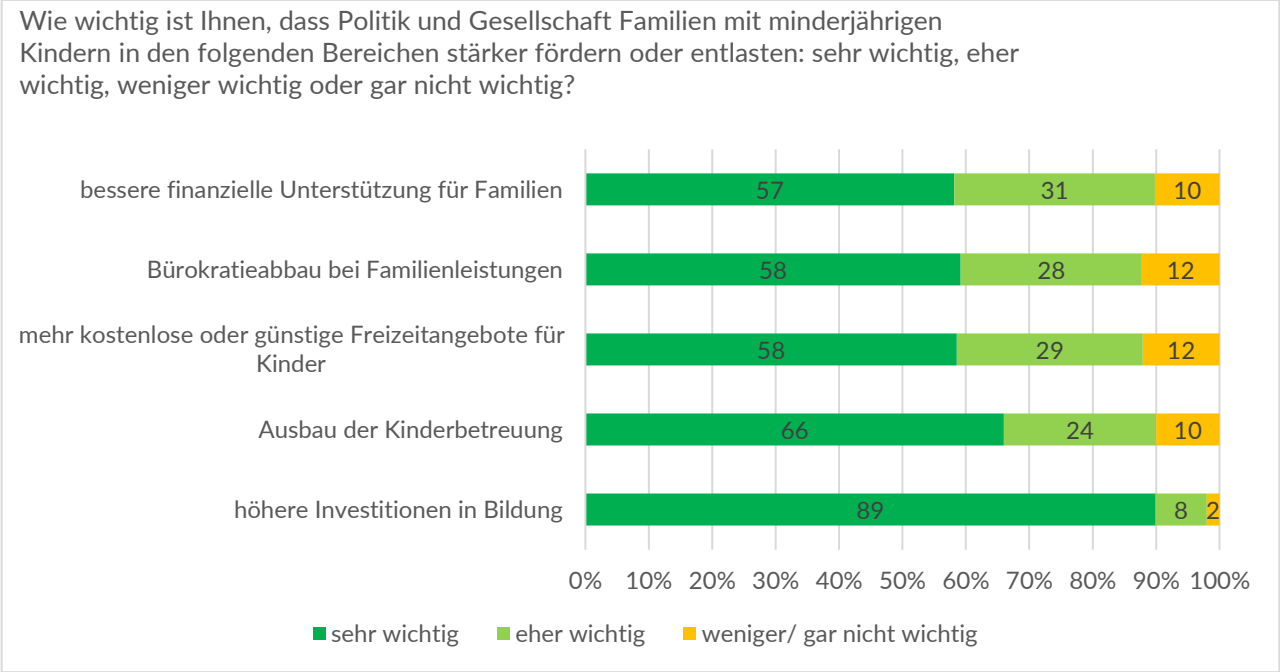
Die Ergebnisse decken sich mit Einschätzungen von Lehrkräften, die zunehmende Sorgen bei Schüler*innen, insbesondere aus sozial benachteiligten Lagen, über die finanzielle Situation ihrer Familie beobachten.[5]

Es zeigt sich somit auch hier der bereits dokumentiere Zusammenhang, dass der sozio-ökonomische Status von Eltern einen Einfluss auf die mentale Gesundheit von Kindern hat.[6] Akute materielle Entbehrungen, Einschränkungen der sozialen Teilhabe sowie finanzielle Existenzängste in Familien können sich negativ auf das psychische Befinden von Kindern auswirken und diese emotional belasten.

Statt eines sorgenfreien Aufwachsens können Armut oder finanzielle Sorgen so schon früh im Leben starke negative Auswirkungen auf das kindliche Wohlbefinden haben. Dass die (mentalen) Gesundheitschancen von Kindern so stark mit dem Einkommen der Eltern zusammenhängen ist eine gravierende Verletzung von Kinderrechten, insbesondere dem auf das erreichbare Höchstmaß an Gesundheit (Art. 24 UN-KRK).

Neben Maßnahmen, die sich explizit gegen Kinderarmut richten und die finanzielle Sicherheit von Familien stärken, sollte die Bundesregierung in ihrer im Koalitionsvertrag vereinbarten Strategie „Mentale Gesundheit für junge Menschen“ die Belange von Kindern in Armutslagen besonders berücksichtigen und geeignete Maßnahmen treffen, um ihnen niedrigschwellig und flächendeckend Zugang zu psycho-sozialer Unterstützung zu ermöglichen.

***Familien wünschen sich mehr Unterstützung für sich und ihre Familien***




[5] Vgl. Deutsches Schulbarometer/ Robert Bosch Stiftung (2023): Immer mehr Kinder sorgen sich um finanzielle Situation ihrer Familie | Robert Bosch Stiftung
[6] DJI - Armut gefährdet die psychische Gesundheit von Kindern

Bei der Frage nach einer Reihe von Bereichen, in denen Eltern, Familien und Kinder Unterstützung erfahren können, gibt in jedem Einzelbereich eine absolute Mehrheit der Eltern an, dass ihnen eine stärkere Förderung oder Entlastung sehr oder eher wichtig ist. Während 97% höhere Investitionen in Bildung sehr oder eher wichtig finden, sind es noch 88% der Eltern, denen bessere finanzielle Unterstützung für Familien sehr oder eher wichtig sind.

Es gibt demnach einen großen Bedarf bei Eltern nach größerer Unterstützung für sich und ihre Kinder. Angefangen bei einer Verbesserung der monetären Unterstützung, auch hinsichtlich einer möglichst unbürokratischen Zugänglichkeit, über mehr kostenlose oder günstige Freizeitangebote bis hin zu einer Verbesserung bei Bildung und Kinder-Betreuung.

Für Save the Children ist klar, dass hieraus ein politischer Auftrag abgeleitet werden sollte, in all diesen Bereichen verstärkt aktiv zu werden. Für Familien muss der Alltag wieder einfacher und sorgenfreier werden und es braucht weitere Unterstützung vielfältiger Art, die insbesondere auch Kindern, die von Armut betroffen sind, zugutekommt. Geplante Maßnahmen der Bundesregierung wie die Stärkung des Startchancen-Programms sowie dessen Ausweitung auf Kitas sind gute Schritte. Vor allem im monetären Bereich hingegen braucht es noch konkretere Maßnahmen, wie Familien und Kinder noch besser unterstützt werden können.

## Politische Forderungen von Save the Children

- **Eine einfach zugängliche und teilhabesichernde Grundsicherung für alle Kinder**

Das Scheitern der Kindergrundsicherung in der vergangenen Legislaturperiode darf kein Ende von kindzentrierten Reformbemühungen der Sozialsysteme sein. Weiterhin braucht es eine verbesserte monetäre Unterstützung insbesondere für armutsgefährdete und -betroffene Kinder und ihre Familien. Save the Children hält am Zielbild einer Kindergrundsicherung[7] fest und fordert eine Vereinfachung und Bündelung kinderspezifischer Sozialleistung sowie eine zielgenauere Unterstützung von armutsbetroffenen Familien und Haushalten mit niedrigem Einkommen. Das „sozio-kulturelle Existenzminimum“ bzw. die Regelsätze für Kinder in der Grundsicherung müssen so angepasst werden, dass sie Teilhabe sowie ein gesundes Aufwachsen ermöglichen. Die Belange von armutsbetroffenen und -gefährdeten Kindern müssen bei allen anstehenden Diskussionen und Reformen zur Zukunft des Sozialstaats im Fokus stehen.

- **Gezielte Maßnahmen zur Stärkung der mentalen Gesundheit von armutsbetroffenen Kindern**

Kinderarmut und allgemein finanzielle Unsicherheiten in Familien, wie etwa akute Geld- oder auch Zukunftssorgen, stellen eine Gefahr für das psychische Wohlbefinden von Kindern da. Bundesregierung sowie Bundestag, Länder und Kommunen müssen daher neben armutsvermeidenden und teilhabestärkenden Maßnahmen auch die verstärkte psycho-soziale Unterstützung von betroffenen Kindern in den Blick nehmen. Die im Koalitionsvertrag zwischen

[7] Vgl. Konzept des Bündnis Kindergrundsicherung, dem Save the Children Deutschland angehört: https://kinderarmut-hat-folgen.de/wp-content/uploads/2023/04/Konzept-KGS_01_24.pdf sowie Stellungnahme Save the Children zum Regierungsentwurf einer Kindergrundsicherung: Stellungnahme_Regierungsentwurf_Kindergrundsicherung_Save_the_Children_27.10.23.pdf

Union und SPD vereinbarte Strategie „Mentale Gesundheit für junge Menschen“[8] sollte daher die Belange von armutsbetroffenen und -bedrohten Kinder besonders adressieren. Es muss sichergestellt werden, dass alle Kinder bundesweit flächendeckend Zugang zu qualitativ hochwertigen und armutssensiblen psycho-sozialen Unterstützungsangeboten erhalten. Dazu gehören sowohl niedrigschwellige Angebote, wie etwa Schulsozialarbeit oder Mental-Health-Coaches an Schulen[9], als auch die Behebung des bestehenden Therapieplatzmangels[10] oder eine finanziell und personell gut ausgestattete Kinder- und Jugendhilfe, die Kinder auch in belastenden Lebenslagen umfänglich stärkt.

- **Eine politische Gesamtanstrengung und mehr Ambitionen gegen Kinderarmut**

Seit Jahren stagnieren die Kinderarmutszahlen auf hohem Niveau und auch die Umfrage macht aus Sicht von Save the Children erneut deutlich, dass es eine Gesamtanstrengung gegen Kinderarmut und für mehr soziale Teilhabe bei Kindern aus armutsbetroffenen oder -gefährdeten Familien braucht. Ein wichtiger Ansatzpunkt ist der Nationale Aktionsplan „Neue Chancen für Kinder in Deutschland“[11] zur Umsetzung der Europäischen Garantie für Kinder. Der Bund sollte dieses Instrument stärken und mit finanziellen Mitteln ausstatten, um neue Maßnahmen zur Stärkung der Teilhabe von Kindern zu entwickeln. Zudem müssen alle föderalen Ebenen an einem Strang ziehen und gemeinsam an einer kohärenten Gesamtantwort auf die hohe Kinderarmut arbeiten.[12] Es braucht sowohl eine armutsvermeidende Arbeitsmarktpolitik als auch monetäre Maßnahmen zur Vermeidung von Armut, Investitionen in die soziale Infrastruktur[13] (vielfältige soziale Unterstützungsangebote für Kinder und Familien), Bildung und Zugang zu leistbarem Wohnraum und (insbesondere mentaler) Gesundheitsversorgung. Bei allen Maßnahmen sollten besonders armutsgefährdete Gruppen, insbesondere Alleinerziehende, wie auch diese Umfrage zeigt, gezielt in den Blick genommen werden.

**Ansprechpartner:**

Eric Großhaus
Advocacy Manager Kinderarmut und soziale Ungleichheit
eric.grosshaus@savethechildren.de

[8] Vgl. https://www.koalitionsvertrag2025.de/sites/www.koalitionsvertrag2025.de/files/koav_2025.pdf , S.101
[9] Vgl. positive Evaluation des entsprechenden Programms: Evaluation: Mental Health Coaches zeigen Wirkung in Schulen - JMD Mental Health Coaches
[10] Vgl. hierzu: Universität Leipzig: Psychosoziale Belastungen von Kindern und Jugendlichen haben stark zugenommen
[11] Vgl. save-the-children-e-v-stc--data.pdf
[12] Vgl. Ratschlag Kinderarmut 2024: Ratschlag_2024_gemeinsamer_Appell_final_240905.pdf
[13] Vgl. Ratschlag Kinderarmut 2025: 2025-06-26-pm-ratschlag-kinderarmut-fordert-mehr-investitionen-fuer-kinder.pdf

forsa.

# Kinderarmut

## Ergebnisse einer repräsentativen Befragung von Eltern

**forsa** Gesellschaft für
Sozialforschung und
statistische Analysen mbH

Gutenbergstraße 2
10587 Berlin

**Telefon** 030 62882-0
**E-Mail** info@forsa.de

18. August 2025
F25.0190/45087 Sd

forsa.

## Vorbemerkung

Im Auftrag von Save The Children hat forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH in diesem Jahr zum zweiten Mal eine repräsentative bundesweite Befragung unter Eltern zum Thema Kinderarmut durchgeführt.

Im Rahmen der Untersuchung wurden insgesamt 1.003 nach einem systematischen Zufallsverfahren ausgewählte Eltern von Kindern unter 18 Jahren befragt.

Die Erhebung wurde vom 23. Juli 2025 bis 12. August 2025 im Rahmen der werktäglichen telefonischen Mehrthemenumfrage forsa.omnitel durchgeführt.

Die ermittelten Ergebnisse können lediglich mit den bei allen Stichprobenerhebungen möglichen Fehlertoleranzen (im vorliegenden Fall +/- 3 Prozentpunkte) auf die Grundgesamtheit übertragen werden.

Bei zusammengefassten Werten kann es rundungsbedingt zu Abweichungen im Vergleich zur Summe der Einzelwerte kommen.

## 1 Bewertung der derzeitigen Pläne der Bundesregierung zur Bekämpfung von Kinderarmut

Die große Mehrheit der Befragten (76 %) ist der Ansicht, dass die derzeitigen Pläne der Bundesregierung nicht ausreichen, um Kinderarmut wirksam zu bekämpfen und dass weitergehende Maßnahmen erforderlich sind. Nur 18 Prozent halten die aktuellen Pläne für ausreichend.

In dieser Einschätzung sind sich die Befragten in allen untersuchten Gruppen weitgehend einig.

forsa.

**Bewertung der derzeitigen Pläne der Bundesregierung gegen Kinderarmut**

| | | Es sind der Auffassung, dass die derzeitigen Pläne der Bundesregierung ausreichen, um Kinderarmut wirksam zu bekämpfen | |
|---|---|---|---|
| | | ja | nein, es braucht weitergehende Maßnahmen |
| | | % | % |
| insgesamt | | 18 | 76 |
| | | | |
| Ost | | 17 | 76 |
| West | | 18 | 77 |
| | | | |
| Männer | | 19 | 73 |
| Frauen | | 16 | 80 |
| | | | |
| Ortsgröße (Einwohner): | unter 20.000 | 17 | 76 |
| | 20.000 bis unter 100.000 | 19 | 77 |
| | mindestens 100.000 | 18 | 76 |
| | | | |
| Haushaltsnettoeinkommen (in Euro): | unter 3.000 | 19 | 77 |
| | 3.000 bis unter 4.500 | 12 | 84 |
| | 4.500 oder mehr | 20 | 72 |
| | | | |
| Zusammenleben mit Partner/-in: | ja | 18 | 76 |
| | nein | 17 | 77 |
| | | | |
| Kinder im Haushalt: | 1 | 18 | 74 |
| | 2 | 15 | 79 |
| | 3 und mehr | 24 | 72 |

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht"/keine Angabe

## 2 Finanzielle Zukunftssorgen

Mit Blick auf die kommenden 12 Monate machen sich 25 Prozent der Eltern (sehr) große Sorgen, dass sie aus finanziellen Gründen die Grundbedürfnisse ihrer Familie wie z. B. Kleidung, Nahrung oder Kosten für Wohnen und Heizen nicht oder nicht mehr ausreichend decken können.

27 Prozent machen sich diesbezüglich weniger große, 48 Prozent keine Sorgen.

Sorgen machen sich vor allem die Haushalte mit Einkommen von unter 3.000 Euro sowie Personen, die nicht mit einem Partner bzw. einer Partnerin zusammenwohnen.

forsa.

**Finanzielle Zukunftssorgen**

| | | Wenn sie auf die kommenden 12 Monate blicken, machen sich Sorgen, dass sie aus finanziellen Gründen die Grundbedürfnisse ihrer Familie (z. B. Kleidung, Nahrung, Kosten für Wohnen und Heizen) nicht oder nicht mehr ausreichend decken können | | |
|---|---|---|---|---|
| | | (sehr) große | weniger große | keine |
| | | % | % | % |
| insgesamt | | 25 | 27 | 48 |
| | | | | |
| Ost | | 28 | 29 | 43 |
| West | | 25 | 26 | 49 |
| | | | | |
| Männer | | 19 | 28 | 52 |
| Frauen | | 31 | 26 | 43 |
| | | | | |
| Ortsgröße (Einwohner): | unter 20.000 | 26 | 25 | 48 |
| | 20.000 bis unter 100.000 | 25 | 27 | 48 |
| | mindestens 100.000 | 24 | 29 | 47 |
| | | | | |
| Haushaltsnettoeinkommen (in Euro): | unter 3.000 | 57 | 22 | 21 |
| | 3.000 bis unter 4.500 | 35 | 34 | 32 |
| | 4.500 oder mehr | 10 | 24 | 65 |
| | | | | |
| Zusammenleben mit Partner/-in: | ja | 23 | 27 | 50 |
| | nein | 42 | 24 | 34 |
| | | | | |
| Kinder im Haushalt: | 1 | 25 | 27 | 50 |
| | 2 | 23 | 24 | 34 |
| | 3 und mehr | 29 | 27 | 50 |

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht"/keine Angabe

## 3 Finanzielle Möglichkeiten für das Familienleben

Die große Mehrheit der Eltern (82 %) gibt an, dass es ihnen aktuell auf jeden Fall (51 %) oder eher (31 %) möglich ist, sich auch mal Dinge zu leisten, die über das Notwendige hinausgehen und zum Familienleben dazugehören, wie z. B. Möbel, Urlaube, Ausflüge, Restaurantbesuche oder Hobbys für die Kinder.

Deutlich weniger Eltern geben hingegen an, dass ihnen dies eher nicht (12 %) oder auf keinen Fall (6 %) möglich ist.

Eltern aus Haushalten mit einem Einkommen von 4.500 Euro oder mehr geben überdurchschnittlich häufig an, sich aktuell auf jeden Fall auch mal solche Dinge leisten zu können. Im Gegensatz dazu geben Eltern aus Haushalten mit einem Einkommen von unter 3.000 Euro deutlich häufiger als der Durchschnitt aller Befragten an, dass sie dies eher nicht oder auf keinen Fall können.

Auch unter Alleinstehenden liegt der Anteil derjenigen, denen es aktuell eher nicht möglich ist, sich Dinge zu leisten, die über das Notwendige hinausgehen und zum Familienleben dazugehören, über dem Durchschnitt aller Befragten.

forsa.

**Finanzielle Möglichkeiten für das Familienleben**

| | | Es ist ihnen möglich, sich aktuell auch mal Dinge zu leisten, die über das Notwendige hinausgehen und zum Familienleben dazugehören (z. B. Möbel, Urlaube, Ausflüge, Restaurantbesuche, Hobbys für die Kinder) | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| | | ja, auf jeden Fall | ja, eher | nein, eher nicht | nein, auf keinen Fall |
| | | % | % | % | % |
| insgesamt | | 51 | 31 | 12 | 6 |
| Ost | | 41 | 36 | 15 | 8 |
| West | | 53 | 30 | 12 | 6 |
| Männer | | 56 | 27 | 11 | 6 |
| Frauen | | 46 | 34 | 14 | 6 |
| Ortsgröße (Einwohner): | unter 20.000 | 47 | 32 | 16 | 5 |
| | 20.000 bis unter 100.000 | 49 | 35 | 9 | 7 |
| | mindestens 100.000 | 58 | 25 | 11 | 6 |
| Haushaltsnetto-einkommen (in Euro): | unter 3.000 | 20 | 32 | 29 | 19 |
| | 3.000 bis unter 4.500 | 35 | 44 | 15 | 6 |
| | 4.500 oder mehr | 69 | 23 | 6 | 2 |
| Zusammenleben mit Partner/-in: | ja | 53 | 31 | 11 | 6 |
| | nein | 37 | 29 | 24 | 9 |
| Kinder im Haushalt: | 1 | 52 | 30 | 12 | 6 |
| | 2 | 54 | 31 | 12 | 4 |
| | 3 und mehr | 44 | 31 | 17 | 8 |

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“/keine Angabe

## 4 Emotionale Belastung der Kinder durch die finanzielle Situation der Familie

8 Prozent aller Befragten haben den Eindruck, dass ihr Kind durch die finanzielle Situation ihrer Familie im Alltag, etwa durch Sorgen, Rückzug oder gedrückte Stimmung, sehr oder eher stark emotional belastet ist.

Rund ein Fünftel (21 %) schätzt hingegen ein, dass ihr Kind weniger stark oder gar nicht emotional belastet ist.

Die große Mehrheit (70 %) der Eltern macht sich hingegen keine Sorgen und hat die Möglichkeit, sich auch mal über das Notwendige hinaus Dinge zu leisten, die zum Familienleben dazugehören.

Eltern mit einem Einkommen von unter 3.000 Euro berichten häufiger als Eltern mit einem Haushaltsnettoeinkommen ab 3.000 Euro, dass ihr Kind durch die finanzielle Situation ihrer Familie im Alltag sehr oder eher stark emotional belastet ist.

forsa.

**Emotionale Belastung der Kinder durch finanzielle Situation der Familie**

| | | Es haben den Eindruck, dass ihr Kind durch die finanzielle Situation ihrer Familie im Alltag (z. B. durch Sorgen, Rückzug oder gedrückte Stimmung) emotional belastet ist | | |
|---|---|---|---|---|
| | | sehr/eher stark belastet | weniger stark/ gar nicht belastet | machen sich keine Sorgen und haben die Möglichkeit, sich über das Notwendige hinaus Dinge zu leisten |
| | | % | % | % |
| insgesamt | | 8 | 21 | 70 |
| | | | | |
| Ost | | 10 | 25 | 65 |
| West | | 8 | 21 | 71 |
| | | | | |
| Männer | | 7 | 18 | 75 |
| Frauen | | 10 | 25 | 65 |
| | | | | |
| Haushaltsnettoeinkommen (in Euro): | unter 3.000 | 23 | 40 | 36 |
| | 3.000 bis unter 4.500 | 10 | 31 | 59 |
| | 4.500 oder mehr | 3 | 10 | 87 |
| | | | | |
| Zusammenleben mit Partner/-in: | ja | 6 | 20 | 73 |
| | nein | 21 | 28 | 50 |
| | | | | |
| Kinder im Haushalt: | 1 | 6 | 24 | 70 |
| | 2 | 9 | 19 | 72 |
| | 3 und mehr | 12 | 21 | 66 |

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht"/keine Angabe

## 5 Stärkere Entlastung durch Politik und Gesellschaft für Familien mit minderjährigen Kindern

Die Eltern wurden gebeten anzugeben, wie wichtig ihnen eine stärkere Förderung oder Entlastung seitens Politik und Gesellschaft in verschiedenen Bereichen für Familien mit minderjährigen Kindern ist. Insgesamt zeigt sich dabei, dass in allen abgefragten Bereichen die große Mehrheit der Befragten eine stärkere Förderung oder Entlastung für sehr oder eher wichtig hält.

Am wichtigsten ist den Befragten, dass Politik und Gesellschaft höhere Investitionen in Bildung tätigen, etwa in Schulen, Ausstattung oder Personal: Rund neun von zehn Befragten (89 %) halten dies für sehr wichtig, weitere 8 Prozent für eher wichtig. Nur 2 Prozent messen diesem Bereich weniger oder gar keine Bedeutung bei.

Der Ausbau der Kinderbetreuung wird von zwei Dritteln der Eltern (66 %) als sehr wichtig eingestuft, knapp ein Viertel (24 %) sieht dies als eher wichtig und 10 Prozent als weniger oder gar nicht wichtig an.

Mehr kostenlose oder günstige Freizeitangebote für Kinder halten 58 Prozent für sehr wichtig, 29 Prozent für eher wichtig. 12 Prozent halten es hingegen für weniger oder gar nicht wichtig, dass dieser Bereich für Familien mit minderjährigen Kindern durch Politik und Gesellschaft stärker gefördert oder entlastet wird.

Bürokratieabbau bei Familienleistungen halten ebenfalls 58 Prozent für sehr wichtig. 28 Prozent halten dies für eher wichtig, 12 Prozent hingegen für weniger oder gar nicht wichtig.

Bessere finanzielle Unterstützung für Familien ist für 57 Prozent der Befragten sehr wichtig und für 31 Prozent eher wichtig. Für 10 Prozent ist dieser Aspekt weniger oder gar nicht wichtig.

forsa.

**Stärkere Entlastung durch Politik und Gesellschaft für Familien mit minderjährigen Kindern I**

| | Dass Politik und Gesellschaft Familien mit minderjährigen Kindern in den folgenden Bereichen stärker fördern oder entlasten, ist ihnen | | |
|---|---|---|---|
| | sehr wichtig | eher wichtig | weniger/ gar nicht wichtig |
| | % | % | % |
| höhere Investitionen in Bildung (z. B. Schulen, Ausstattung, Personal) | 89 | 8 | 2 |
| Ausbau der Kinderbetreuung (z. B. mehr Plätze oder bessere Öffnungszeiten) | 66 | 24 | 10 |
| mehr kostenlose oder günstige Freizeitangebote für Kinder | 58 | 29 | 12 |
| Bürokratieabbau bei Familienleistungen | 58 | 28 | 12 |
| bessere finanzielle Unterstützung für Familien | 57 | 31 | 10 |

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“/keine Angabe

Frauen geben etwas häufiger als Männer an, dass es ihnen sehr wichtig ist, dass Politik und Gesellschaft Familien mit minderjährigen Kindern durch kostenlose oder günstige Freizeitangebote für Kinder stärker fördern oder entlasten.

**Stärkere Entlastung durch Politik und Gesellschaft für Familien mit minderjährigen Kindern II**

| Dass Politik und Gesellschaft Familien mit minderjährigen Kindern in den folgenden Bereichen stärker fördern oder entlasten, ist ihnen sehr wichtig: | Insgesamt | Ost | West | Männer | Frauen |
|---|---|---|---|---|---|
| | % | % | % | % | % |
| höhere Investitionen in Bildung (z. B. Schulen, Ausstattung, Personal) | 89 | 92 | 89 | 87 | 92 |
| Ausbau der Kinderbetreuung (z. B. mehr Plätze oder bessere Öffnungszeiten) | 66 | 66 | 65 | 65 | 67 |
| mehr kostenlose oder günstige Freizeitangebote für Kinder | 58 | 60 | 58 | 52 | 65 |
| Bürokratieabbau bei Familienleistungen | 58 | 59 | 58 | 61 | 55 |
| bessere finanzielle Unterstützung für Familien | 57 | 63 | 56 | 54 | 60 |

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht"/keine Angabe

Eltern mit einem Einkommen von unter 4.500 Euro geben etwas häufiger als Eltern mit einem Haushaltsnettoeinkommen ab 4.500 Euro an, dass es ihnen sehr wichtig ist, dass Politik und Gesellschaft Familien mit minderjährigen Kindern durch kostenlose oder günstige Freizeitangebote für Kinder stärker fördern oder entlasten.

Eine ähnliche Verteilung zeigt sich auch beim Aspekt einer besseren finanzielle Unterstützung für Familien.

**Stärkere Entlastung durch Politik und Gesellschaft für Familien mit minderjährigen Kindern III**

| Dass Politik und Gesellschaft Familien mit minderjährigen Kindern in den folgenden Bereichen stärker fördern oder entlasten, ist ihnen sehr wichtig: | insgesamt | Haushaltsnettoeinkommen (in Euro): | | |
|---|---|---|---|---|
| | | unter 3.000 | 3.000 bis unter 4.500 | 4.500 oder mehr |
| | % | % | % | % |
| höhere Investitionen in Bildung (z. B. Schulen, Ausstattung, Personal) | 89 | 86 | 93 | 89 |
| Ausbau der Kinderbetreuung (z. B. mehr Plätze oder bessere Öffnungszeiten) | 66 | 61 | 71 | 65 |
| mehr kostenlose oder günstige Freizeitangebote für Kinder | 58 | 67 | 64 | 52 |
| Bürokratieabbau bei Familienleistungen | 58 | 60 | 61 | 56 |
| bessere finanzielle Unterstützung für Familien | 57 | 64 | 63 | 50 |

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht"/keine Angabe

Alleinstehenden sind etwas häufiger als denjenigen, die mit ihrem Partner bzw. ihrer Partnerin zusammenleben, mehr kostenlose oder günstige Freizeitangebote für Kinder sehr wichtig.

**Stärkere Entlastung durch Politik und Gesellschaft für Familien mit minderjährigen Kindern IV**

| Dass Politik und Gesellschaft Familien mit minderjährigen Kindern in den folgenden Bereichen stärker fördern oder entlasten, ist ihnen sehr wichtig: | Insgesamt | Zusammenleben mit Partner/-in: | | Kinder im Haushalt: | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | | ja | nein | 1 | 2 | 3 und mehr |
| | % | % | % | % | % | % |
| höhere Investitionen in Bildung (z. B. Schulen, Ausstattung, Personal) | 89 | 89 | 89 | 89 | 91 | 90 |
| Ausbau der Kinderbetreuung (z. B. mehr Plätze oder bessere Öffnungszeiten) | 66 | 66 | 64 | 67 | 66 | 58 |
| mehr kostenlose oder günstige Freizeitangebote für Kinder | 58 | 57 | 67 | 55 | 62 | 62 |
| Bürokratieabbau bei Familienleistungen | 58 | 59 | 50 | 59 | 58 | 59 |
| bessere finanzielle Unterstützung für Familien | 57 | 56 | 61 | 54 | 59 | 59 |

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“/keine Angabe